

## **Auszug aus dem substanziellen Protokoll 5. Ratssitzung vom 13. Juni 2018**

### **117. 2018/118**

#### **Dringliche Motion der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 21.03.2018: Rekommunalisierung der Rolf Bossard AG sowie Sicherstellung der dem Monopol der Stadt unterstellten Entsorgungsaufgaben durch Entsorgung und Recycling (ERZ)**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Dringlichen Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Walter Angst (AL)** begründet die Dringliche Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 3887/2018): Die Rolf Bossard AG ist seit 2005 ein Thema, seit man das Konstrukt zu einer teilprivatisierten städtischen AG entwickelt hat, die einen Teil der Abfuhraufträge der Stadt zu Dumpingtarifen ausführt. Nachdem der Skandal ans Licht kam, entschied der damalige Departementsvorsteher, dass sofort alle Aufträge ausgeschrieben werden müssen und die Rolf Bossard AG anschliessend zerlegt und verkauft werden müsse. Die Firma hat bereits einen wichtigen Auftrag – die Kartonsammlung – an die beiden Firmen Loacker AG und K. Müller AG verloren. Ein zweiter Auftrag ist noch nicht vergeben, aber bereits ausgeschrieben. Es geht ebenfalls um Papier und Karton. Es handelt sich teilweise um ein Monopol der Stadt Zürich. Mit dieser Aushöhlungsstrategie steht am Schluss nur noch der Verkauf da. Der zuständige Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements teilte mit, dass der Verkauf nicht dem Gemeinderat vorgelegt würde. Obwohl es dann nur noch um ein Landstück, Fabrikhallen und Geräte geht, würde man die Firma als AG verkaufen. Die Antwort, die wir auf die Motion erhielten, lässt den Kurswechsel erahnen, der aufgrund unseres Drucks erfolgte. Der Stadtrat scheint offenbar bereit, die teilweise Übernahme des Personals und der Infrastruktur der Rolf Bossard AG zu prüfen. Man gab eine Beschäftigungsgarantie. Dies genügt uns jedoch nicht. Wir halten an der Motion fest und sprechen bewusst von einer Rekommunalisierung. Die Rolf Bossard AG ist bereits heute im Eigentum der Stadt. Sie ist aber nicht unter der Kontrolle der Stadt und ist auch nicht unter der demokratischen Kontrolle des Gemeinderats. Es ist ein Verwaltungsrat, der zuständig ist. Dadurch sind Konstrukte wie bei der Postauto AG und bei der Post AG möglich. Das, was dort passierte, war hier auch der Fall. Man liess die Angestellten zu Dumpingpreisen herumfahren. Aufträge, die eigentlich gemeinsam von ERZ ausgeführt werden müssten, um eine optimale Entsorgungsinfrastruktur aufrechtzuerhalten und allenfalls einen Teil der Nicht-Monopolaufträge auch gleich mitzuerledigen, hat man damit unterlaufen. Wir wollen, dass Eigentum real-demokratische Kontrolle bedeutet. Darunter verstehen wir, was das rote Zürich in den 20er-Jahren des letzten Jahrhunderts unter dem Stichwort «Gemeindesozialismus» aufgebaut hat. Die Rolf Bossard AG ist ein Beispiel davon, welcher Wechsel zur Politik des New Public Management vollzogen werden muss. Weitere Fragen betreffen zum Beispiel die Energiewirtschaft oder andere Bereiche der*

2 / 7

*Betriebe der Stadt. Wir hoffen, dass die Übernahme der Kontrolle und die Rücknahme des Betriebs in den städtischen Betrieb ERZ stattfinden wird. Die Spiele, die gespielt wurden – Aushöhlung der AG und danach Verkauf der ausgehöhlten AG an einen beliebigen Käufer – sollen enden. Wir müssen in Zukunft wieder zu einer Praxis vor der Ära Pauli zurückkehren können. Die Stadt soll aus einer Hand die Entsorgungslogistik anbieten können und anständige Arbeitsbedingungen für alle gewährleisten können. Das Lohnreglement soll für alle gelten, die für die Stadt arbeiten.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

**STR Richard Wolff:** *Tatsächlich ist ein Kurswechsel erfolgt. Das sieht man bereits in der Antwort auf die Motion. Der Kurswechsel wird fortgeführt werden. Wir bitten den Gemeinderat deshalb, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Die Motion geht zudem eine Spur zu weit. Es gibt drei verschiedene Bereiche, in denen die Stadt das Monopol für den Kehricht hat, wo wir tatsächlich die Aufgaben der Rolf Bossard AG in der Stadt übernehmen wollen und auch das Angebot machen wollen, dass sich das bisherige Personal bei der Stadt anstellen lassen kann. Wir können das Personal nicht einfach übernehmen, aber wir können den Angestellten das Angebot machen. Die erste Kategorie betrifft Karton, Haushalte und Betriebe. Diese Aufgabenbereiche wurde bereits vergeben an die Firmen K. Müller AG und Loacker AG. Der Vertrag läuft von 2018 bis 2020. Danach kann man diesen wieder in die Stadt integrieren. Wir können 9 Mitarbeiter und 2 Fahrzeuge übernehmen, wenn wir den Vertrag Ende 2020 auslaufen lassen. Die zweite Kategorie betrifft Papier und Haushalte. Das Submissionsverfahren läuft. Wir können es noch abbrechen. Auch hier können rund 17 Mitarbeiter und 5 Fahrzeuge übernommen werden. Die dritte Kategorie Papier und Karton gemischt, Haushalte und Betriebe, wurde noch nicht ausgeschrieben. Diese Aufgaben kann die Stadt ab 1. Januar 2019 auch übernehmen. Es handelt sich um 3 Fahrzeuge und 12 Mitarbeiter. Insgesamt sind es somit rund 38 Mitarbeiter. Wir können rund drei Viertel aller Mitarbeiter übernehmen. Was wir nicht übernehmen können und wollen, sind jene Aufträge, die nicht dem Monopol unterstehen und die auch von Privaten ausgeführt werden könnten. Dort, wo es ein Konkurrenzieren des privaten Gewerbes ist, ist es nicht nötig, dass wir diese Aufgaben übernehmen. Personalseitig konnten wir dem Sinn und Geist der Motion und der Diskussion bezüglich Dumpinglöhnen und Kontrolle des Gemeinderats entgegenkommen. Die Motion geht aus unserer Sicht aber zu weit, weil sie verlangt, dass wir alle Arbeitnehmer übernehmen und dass die Stadt alle Monopolaufgaben, die sie ausführen darf, auch ausführen muss. In der gültigen Verordnung über Abfallbewirtschaftung der Stadt gibt es die Möglichkeit, dass die Stadt in Einzelfällen, Spezialsammlungen bei Betriebskehricht etwa, auch mit Privaten zusammenarbeiten oder gewisse Teilaufträge überlassen kann. Diese Verordnung wurde vom Gemeinderat erlassen. Man müsste sie ändern, wenn man dies nicht mehr so haben wollte und der Stadt die Ausschliesslichkeit übertragen wollte. So wäre die Zusammenarbeit mit Privaten nicht mehr möglich. Der Handlungsspielraum, den die Stadt hat, ist durchaus sinnvoll. Die Verordnung hat sich bewährt. Dies ist ein weiterer Grund, die Motion abzulehnen. Die dritte Forderung der Motion – die kurzen Transportdistanzen – ist heute im Grunde bereits erfüllt. Die ZAV AG, die für jenen Teil*

*des Kehrichts zuständig ist, der nicht dem Monopol untersteht, hat das Ziel, die Transportwege für den Abfall möglichst kurz zu halten. Alle anderen Kehrichtskategorien werden von der Stadt ebenfalls optimal organisiert. Mit einem Postulat wird der Wille bekräftigt, dass wir vorwärtskommen. Das reicht aus. Die Motion ist nicht nötig. Sie geht eine Spur zu weit. Deshalb bitte ich darum, die Motion abzulehnen und in ein Postulat umzuwandeln.*

Weitere Wortmeldungen:

**Claudia Rabelbauer (EVP):** *Die EVP wird den Vorstoss sowohl als Motion als auch als Postulat ablehnen, insbesondere auch aufgrund dessen, was der Departementsvorsteher sagte. Wir möchten nicht, dass die Ausschreibung abgebrochen wird, wenn die Motion oder das Postulat überwiesen wird. Wir sind klar der Meinung, dass Private viele Aufgaben flexibler, schneller und günstiger ausführen können. Der Stadtrat hat betont, dass er die Privaten nicht konkurrenzieren möchte und dass man dort, wo die Stadt das Monopol hat, auch das Personal übernehmen sollte. Wir möchten aber nicht weitergehen und werden den Vorstoss deshalb ablehnen.*

**Dubravko Sinovcic (SVP):** *Es stinkt zum Himmel, dass die Stadt eine Firma besitzt und dieser Firma freihändig Aufträge zuschanzt, in der dann Mitarbeiter zu deutlich schlechteren Konditionen arbeiten, als sie es bei der Stadt tun würden, und das zu einem deutlich teureren Preis als auf dem Markt üblich. Es ist kein Zufall, dass die Rolf Bossard AG von den ausgeschriebenen Aufträgen keinen erhalten hat. Sie scheint nicht gut zu arbeiten. Die Untersuchung der Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) wird ans Licht bringen, was genau zum Kauf der Rolf Bossard AG geführt hat. Die Motion fordert, dass man den Fall Rolf Bossard AG sozialverträglich abwickeln soll. Das ist ein Blickwinkel, den die SVP durchaus teilt. Der kleine Buezer, der dort arbeitet, soll nicht unter der Misswirtschaft und unter dem Gebahren der Stadt leiden. Wie das geschehen soll, darüber gehen die Meinungen auseinander. Aus unserer Sicht ist die Forderung der Motion überflüssig, weil die Stadt sich bereits dazu bekannt hat, das Ganze sozialverträglich abwickeln zu wollen. Bisher kam es meines Wissens zu keiner einzigen Entlassung. Die im Rahmen der verloren gegangenen Aufträge entlassenen Mitarbeiter wurden von jenen Firmen übernommen, die die Aufträge nun erhalten haben. Jetzt zu fordern, man müsse alle Mitarbeiter übernehmen und im schlimmsten Fall Überkapazitäten bei ERZ schaffen, schießt weit über das Ziel hinaus. Ebenso widerspricht die weitere Forderung der Motion, dass man verbietet, dass ERZ weiterhin Aufträge ausschreibt, diametral unserer Politik. Wir sind nicht einverstanden damit. Man hat einen Konsens, dass man gut zu den Mitarbeitern schauen will. Man findet einen Kompromiss. Man nimmt das Anliegen als Postulat entgegen. Man prüft, welche Aufträge man selber mit wenig Aufwand ausführen kann und übernimmt die Mitarbeiter, die man dazu benötigt. Dieser Argumentation könnten wir durchaus folgen. Wenn sich die AL dazu durchringen könnte, die Motion als Postulat einzureichen, könnten wir uns vorstellen, das Postulat zu unterstützen. Wir würden aber genau prüfen, ob der Stadtrat nach den Rochaden und in seiner neuen Zusammensetzung die Argumentation auch beachtet, die er uns vorgelegt hat, und entsprechend umsetzt.*

**Felix Moser (Grüne):** Bereits 2005 hat der damalige Gemeinderat den Stadtrat aufgefordert, die rechtliche Situation der Rolf Bossard AG zu klären, insbesondere die verschiedenen Aufträge, die die Firma ausführte, entweder durch eine Integration in die Stadtverwaltung oder mit einem Verkauf der Aktien. Geschehen ist seither kaum etwas. Die Rolf Bossard AG ist eine eigenständige Firma geblieben; der Verwaltungsrat ist zu einem grossen Teil mit Personen aus der FDP besetzt; das Personal führt die gleiche Arbeit wie die städtischen Angestellten aus, aber zu einem deutlich tieferen Lohn. Die submissionsrechtliche Lage für die verschiedenen Aufträge ist nach wie vor unklar. Im Zuge des ERZ-Skandals wurde klar, dass zumindest die Submissionsgeschichten überprüft werden müssen. Anstatt die Rolf Bossard AG in die Stadt zu integrieren und damit gleich zwei Probleme zu lösen, hat der damalige Vorsteher des TED die Verträge gekündigt und ausgeschrieben. Das hat das heutige Schlamassel zur Folge. Die Rolf Bossard AG verliert einen Auftrag nach dem andern. Das führt zu vielen Unsicherheiten bei den Mitarbeitenden. Der umgekehrte, bereits vor 13 Jahren vorgeschlagene Weg wäre viel besser gewesen: Die Rolf Bossard AG, die bereits der Stadt gehört, wird in die Stadt zurückgenommen. Das Personal wird von der Stadt übernommen, die Aufträge soweit sinnvoll und rechtlich zulässig von ERZ ausgeführt. Das ist die einzige Lösung, die in unseren Augen Sinn macht. Mit der Motion wird genau das verlangt. Die Argumentation des Stadtrats, warum man die Motion nur als Postulat entgegennehmen will, können wir nicht nachvollziehen. Im Gegenteil: Dies scheinen schwache Ausreden zu sein. Es wird nicht aufgezeigt, was mit der Rolf Bossard AG künftig geschehen soll, obwohl die Aktien nach wie vor zu 100 % im Besitz der Stadt sind. Es wird nicht klar, warum Spezialsammlungen durch Private besser vorgenommen werden sollen als durch ERZ. Zu den ökologischen und ökonomischen Aspekten, in denen in der Motionsantwort auch noch etwas stand, hiess es nun, sie seien bereits erfüllt. Irritiert hat mich auch die Passage, dass der Stadtrat die teilweise Übernahme von Personal und Infrastruktur prüfen werde. Diese Aussage ist ziemlich vage. Wir möchten Nägel mit Köpfen machen. Wir möchten nicht eine Überprüfung der teilweisen Übernahme, sondern eine Umsetzung der vollständigen Integration, wie es in der Motion gefordert wird. Darum unterstützen wir nach wie vor die Motion als Motion.

**Duri Beer (SP):** Bei dieser Frage geht es um das Beschaffungswesen. Wir haben die Frage schon öfters im Gemeinderat diskutiert. Es geht darum, welche Kriterien von den Firmen, die von der öffentlichen Hand Aufträge erhalten, eingehalten werden müssen. Hier führen wir heute die Diskussion in der Stadt Zürich über die Rolf Bossard AG. Die Aussagen des Stadtrats stellten teilweise einen Kurswechsel in Aussicht und waren teilweise ein Eingeständnis, dass der Kurs bisher in ökonomischer Hinsicht nicht sinnvoll war und dass der Staat seiner Verantwortung bisher bei Ausschreibungen nicht ausreichend gerecht wurde. Es sind insgesamt 30 Chauffeure und Belader, die bei der Rolf Bossard AG arbeiteten. Bei den Löhnen geht es darum, dass man die Branchenüblichkeit einhält. Es gibt zwei Instrumente, die man hätte anwenden können: Das Personalrecht der Stadt Zürich oder ein Gesamtarbeitsvertrag. Das Personalrecht hätte sichergestellt, dass die Leute ähnlich oder gleich viel wie die städtischen Angestellten verdient hätten. Der Gesamtarbeitsvertrag hätte die Einhaltung der Branchenüblichkeit sichergestellt. Diese beiden Instrumentarien wurden in der Vergangenheit klar vernachlässigt. Hier sind auch wir als Parlamentarierinnen und

*Parlamentarier unserer Verantwortung nicht gerecht geworden bei einer Aktiengesellschaft, die notabene in städtischem Besitz ist. Den Kurswechsel des Stadtrats haben wir mit Freude wahrgenommen. Für mich stellt sich aber trotzdem die Frage, ob bei den Ausschreibungen, die nun bereits stattgefunden haben, und bei denen die Verträge bereits zu den entsprechenden Firmen übergangen, ob wir dort das Wissen und die Sicherheit haben, dass die Spielregeln, die der Staat einzuhalten hat, auch bei diesen Firmen eingehalten werden. Es ist eine ideologische Diskussion, ob man grundsätzlich private Unternehmen für öffentliche Aufträge arbeiten lassen soll. Besonders im Monopol scheint es widersinnig zu sein, dass ERZ diese Aufgabe nicht auch übernimmt. Die Leute sind es gewohnt, dass der Kehricht von ERZ abgeholt wird. Sie sind erstaunt, wenn diese Aufgabe durch jemand anderen ausgeführt wird. Auch in anderen Bereichen, die nicht explizit unter dem Monopol stehen, macht es absolut Sinn, wenn ERZ die Dienstleistungen erbringt. Die Dienstleistungen sind gemäss Befragungen in der Bevölkerung sehr gut bewertet. ERZ hat in der Vergangenheit sehr gute Arbeit geleistet. Auf den ersten Blick ist es ökonomisch und in vielerlei Hinsicht sinnvoll, dass man die Aufgaben nun übernimmt. Wir haben mündlich von einem Kurswechsel gehört. In der schriftlichen Antwort des Stadtrats ist dies nicht so eindeutig. Dort heisst es: «Die von der Motion vorgeschlagene Bewältigung der Monopolaufgaben allein durch ERZ hätte weder betriebliche Vorteile noch ergäbe sie eine verbesserte Dienstleistung.» Dort ist eher noch ein Zögern zu vernehmen. Dieses ist aber mit dem Statement des Stadtrats auch anders interpretierbar. Wir nehmen den Stadtrat beim Wort, was den Kurswechsel angeht und stützen das Anliegen dennoch weiterhin als Motion.*

**Ronny Siev (GLP):** *Die Motion sucht die Abwicklung der Rolf Bossard AG im sozialverträglichen Rahmen. Nur 60 % des Umsatzes der Rolf Bossard AG wird in der Stadt Zürich für die Stadt Zürich getätigt. Gegen die Übernahme der entsprechenden Infrastruktur und der Mitarbeitenden bei ERZ gibt es nichts einzuwenden. Die Motion sucht aber nicht das, sondern die sogenannte Rekommunalisierung, also die gesamte Integration der Firma bei der Stadt. Das erachten wir nicht als sinnvoll. Es gibt keinen Grund, dass die anderen 40 % auch von der Stadtverwaltung angeboten werden und so in die Stadtverwaltung eingebettet werden müssen. Wir sehen dies nicht als öffentliche Aufgabe an. Wir folgen der Argumentation des Stadtrats. Wir werden den Vorstoss nicht als Motion, aber als Postulat unterstützen.*

**Andreas Egli (FDP):** *Die Motion, die vorgetragen wurde, ist eine Art Relikt aus dem letzten Jahrhundert. Faktisch verlangt sie die Errichtung eines städtischen Kombinats. Ich verstehe nicht, warum nur städtische Angestellte in der Lage sein sollen, Zeitungen, Abfall und dergleichen einzusammeln. Man will hier etwas vertuschen, was man von linker Seite her in diesem Prozess vermasselt hat. Die zuständigen Stadträte und Stadträtinnen, die dieses Konstrukt gegründet, organisiert und verantwortet haben, stammen aus den Parteien der SP und der Grünen. Das, was man heute auf der Ratsseite als Skandal darstellt, ist wirklich fragwürdig, wenn die Stadt einer Firma andere Löhne zahlt als den direkt bei ihr angestellten Mitarbeitenden. Die FDP ist aber klar der Meinung, dass das Einsammeln von Karton, Papier und dergleichen nicht zwingend eine städtische Aufgabe ist, sondern dass diese Aufgaben grundsätzlich*

*auszuschreiben sind und die Stadt versuchen muss, möglichst günstige Konditionen zu erreichen. Ich würde gerne wissen, was Walter Angst (AL) seinen Mietern erklärt, wenn das Entsorgen und das Recycling von Papier und Abfall teurer wird, weil städtische Angestellte das gleiche Produkt teurer anbieten als private Anbieter. Ein Drittanbieter, der sich auf diesen Geschäftszweig konzentriert und ausschliesslich solche Aufgaben betreibt, kann seine Fahrzeuge auch in anderen Gemeinden anbieten und dort Aufträge annehmen. Er kann seine Fahrzeuge voll auslasten. Selbstverständlich kann er einen besseren Preis erzielen. Das können am Ende die Mieter und Mieterinnen und Hauseigentümer im Portemonnaie direkt spüren. Wenn der Preis der Produkte von ERZ künftig steigen wird, kann man sich bei jenen bedanken, die heute der Motion zustimmen.*

**Walter Angst (AL)** ist nicht einverstanden die Dringliche Motion in ein Postulat umzuwandeln: *Wir haben seit 2015 gesehen, dass ein Direktor von ERZ mit Privaten zusammen in einem Markt, der kein Markt ist, sondern ein Filz, in dem jeder dem anderen gegenseitig die Hand wäscht, genau die Wirtschaft aufgebaut hat, deren Preis am Schluss zum einen von den städtischen Angestellten bezahlt wird, weil sie weniger Lohn und schlechte Arbeitsbedingungen haben, und zum anderen von den Konsumentinnen und Konsumenten der Stadt, die hohe Tarife bezahlen müssen. Wenn wir die Aufgaben an ERZ geben und es kontrollieren, demokratisch überwachen, wird es günstiger. Es bestehen gute Arbeitsbedingungen und auch die Umwelt profitiert davon, weil nicht permanent irgendwelche Karren durch die Stadt fahren. Der Abfallmarkt ist kein Markt. Es ist ein Staatsmonopol, das man an Private vergeben kann, die dann mitabkassieren. Man kann es aber auch selber machen. Dann ist es besser, günstiger und auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben etwas davon. Es geht nicht um die Abwicklung. Es geht um die Rekommunalisierung, um die Übernahme in einen städtischen Betrieb, der die Abfallwirtschaft der Stadt sauber, kostengünstig und mit fairen Arbeitsbedingungen realisiert. Deshalb halten wir an der Motion fest. Das Votum des zuständigen Stadtrats hätte einen noch dazu verleiten können, ihn zu unterstützen. Übernahme von 38 Leuten, Rückabwicklung der Ausschreibungen, Übernahme der Fahrzeuge, das ist ein gutes Signal, gut für die Stadt. Die Leute bezahlen danach weniger Abfallgebühren. Es gibt aber eine Reihe Probleme, die der Stadtrat noch angehen müsste. Es sind zum Beispiel noch Werte enthalten. Wir haben in Oberhasli eine grosse Presse bezahlt. Wir haben dort Land. Wir haben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sehr wohl in das Portfolio von ERZ passen würden. Dort müsste man ansetzen und einen Deal machen, den wir kontrollieren können, keine stille Abwicklung über den Verkauf der Anlage an Eberhard oder sonst jemanden, der einen Dumpingpreis dafür bezahlt. Wir wollen, dass dies alles an die Stadt geht und die Stadt diese Werte zurücknehmen kann. Zu den Arbeitsbedingungen: Bei der K. Müller AG erhält man den gleichen Lohn wie bei der Rolf Bossard AG. Aber das sind 1000 Franken weniger als bei der Stadt und bei ERZ. Dass das nicht unterstützt wird, dass man diese Personen zurückholt und anständig finanziert, verstehe ich nicht. Ich würde dem Stadtrat höchstens dann Handlungsspielraum ohne Kontrolle zugestehen, wenn man das gleiche Vorgehen bei der Stadtreinigung anwenden würde, bei der Vorwischer zu Tiefstarifen arbeiten, und die privatisierten Räumungen der Seeanlagen durch irgendwelche Angestellten von Drittfirmen ebenfalls zurücknehmen würde und somit*

7 / 7

*denselben Weg beschreiten würde, den man nun beim Abfall beschreitet. Das wäre ein gutes Angebot. Solange das noch nicht einmal spruchreif ist, halten wir aber an der Motion fest und sehen dann, wie in zwei Jahren die Abschreibung kommt, so wie wir uns das gewünscht haben. Es wird sicherlich keinen Verkauf und kein Verschleudern dieser AG geben.*

Die Dringliche Motion wird mit 68 gegen 51 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat